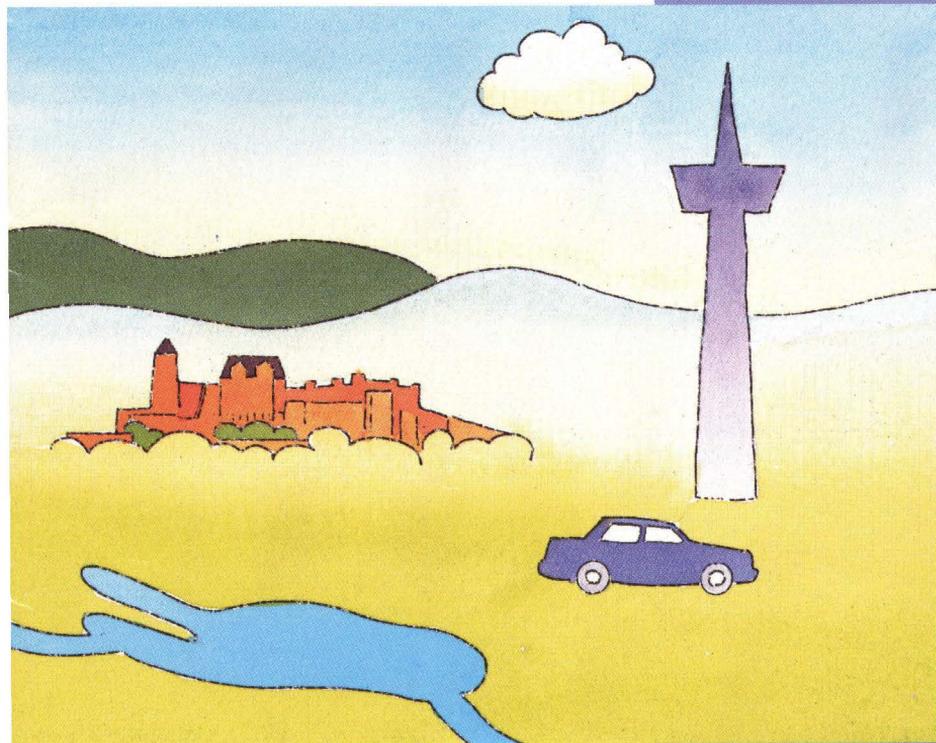


Baden-Württemberg  
in der Europäischen Union



---

**Europäische Kommission**

**Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland**

**Zitelmannstraße 22, 53113 Bonn**

Vertretung in Berlin,  
Kurfürstendamm 102, 10711 Berlin

Vertretung in München,  
Erhardtstraße 27, 80331 München

Redaktionsschluß: März 1994

Zeichnungen: Anne Huwison, Lionel Koechlin, Wilhelm Valder

Herausgeber: Amt für amtliche Veröffentlichungen der  
Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1994

© EGKS-EG-EAG, Brüssel • Luxemburg 1994

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken –  
mit Quellenangabe gestattet

---



## Baden-Württemberg

### in der Europäischen Union

*„Der bisherige Weg der europäischen Integration wurde maßgeblich bestimmt durch die Römischen Verträge von 1957. Seit damals hat sich die Welt gründlich verändert. Die Probleme sind andere geworden, aber auch die Wege zu ihrer Lösung, Europa muß umdenken!*

*Mit der Verankerung eines eigenständigen Ausschusses der Regionen im Vertrag von Maastricht ist es den Regionen gelungen, die Tür zu mehr Demokratie, Transparenz und Bürgernähe in der künftigen Europäischen Union ein Stück weiter zu öffnen. Mit dem Ausschuß der Regionen kann die fast 40jährige Entwicklung des „Europas von oben“ einen anderen Kurs nehmen.*

*Der „aufgeklärte Absolutismus“ der Gründerväter muß dem lebendigen Spiel der Kräfte in einer modernen Gesellschaft weichen. Europa muß vom Kopf auf die Füße gestellt werden! Der Ausschuß muß seinen Beitrag zum Aufbau eines „Europas von unten“, wie ihn die Landesregierung von Baden-Württemberg schon lange fordert, leisten.“*

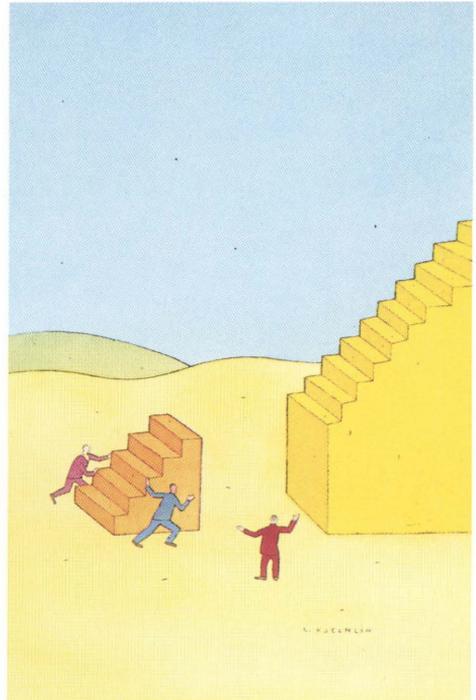
*Erwin Teufel, Ministerpräsident  
des Landes Baden-Württemberg*



CGG/XVI/2

# BADEN- WÜRTTEMBERG IN EUROPA

Ein Land, das offene  
Märkte braucht



Über die Hälfte der Bevölkerung ist erwerbstätig, einen höheren Anteil haben nur noch die Dänen in der EU. 47,3 Prozent haben ihren Arbeitsplatz im produzierenden Gewerbe. Der Anteil der Beschäftigten in den Branchen Maschinenbau, Elektrotechnik und Fahrzeugindustrie ist doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt. Baden-Württemberg ist ein wichtiger Handelspartner der anderen Regionen der Union: Die Hälfte des gesamten Exports geht in andere EU-Länder. Das sichert viele Arbeitsplätze.

## Die Europäische Union bringt Arbeitsplätze

Doch diese Broschüre soll nicht in erster Linie auf die Frage antworten: „Wieviel ECU hat die EU Baden-Württemberg gebracht?“ Sie ist vielmehr ein Katalog der Möglichkeiten, der vielfältigen Kooperationsformen. Sie zeigt, daß Europa den einzelnen Bürger in seiner Region „betrifft“ und stellt klar, daß auch das eigene Land Brüsseler Entscheidungen nicht hilf-



los ausgeliefert ist, sondern sich aktiv am europäischen Diskussions- und Entscheidungsprozeß beteiligt. Dem Bürger selbst bleibt damit der Weg nach Brüssel erspart: Ein Netzwerk der Information, das EU, Bund und Land gemeinsam aufgebaut haben, kann bei Fragen zum Thema Europäische Union so gut wie immer weiterhelfen.

### Regionale Vielfalt bleibt erhalten

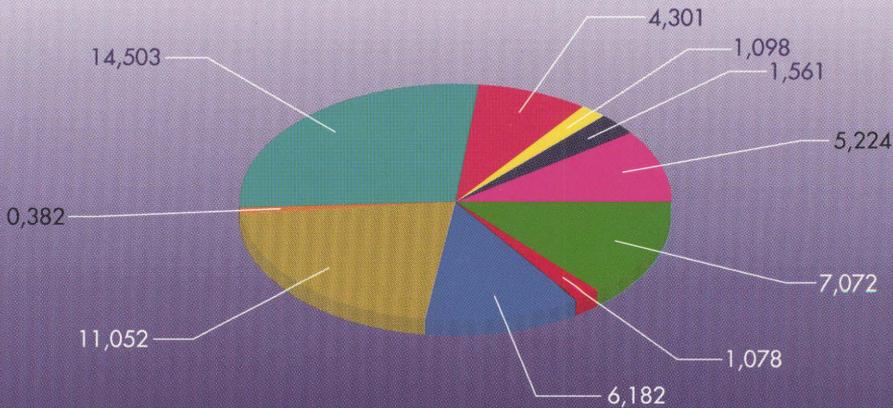
Region ist nicht gleich Region - weder geographisch noch politisch. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um festzustellen: Europa ist ein Kontinent der Vielfalt. Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Regionen sind nicht immer leicht unter einen Hut zu bekommen.

Schon der Begriff „Region“ wird von EU-Staat zu EU-Staat ganz anders verstanden: Einige Regionen haben eine eigene Sprache, viele sind historisch gewachsen. Andere Regionen sind im Grunde künstlich geschaffene Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten. Oft haben Landschaft und Klima natürliche Grenzen gezogen. In Deutschland sind die Bundesländer in ihrer heutigen Gestalt erst nach dem zweiten Weltkrieg entstanden, die neuen Bundesländer sind erst wenige Jahre alt.

Die deutschen Bundesländer mit ihrer Eigenstaatlichkeit können ihre Interessen und Standpunkte oft deutlicher geltend machen als andere Regionen Europas, die eng an eine zentralstaatliche Verwaltung angebunden sind. Für den Begriff „Länder“ gibt es in den anderen Sprachen der Europäischen Union keine Über-

## Der Export Baden-Württembergs in die EU

— 52,5 Milliarden DM: Das sind 46,6 Prozent des Gesamtexports —

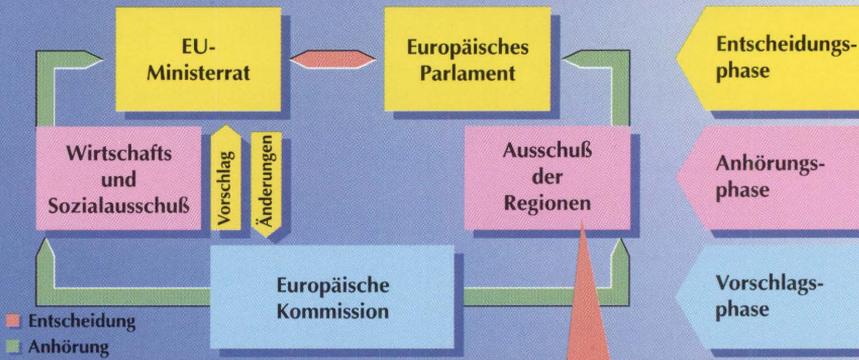


B/L
  DK
  GR
  E
  F
  IRL
  I
  NL
  P
  GB

Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter, Stand 1992

Zahlen in Milliarden DM

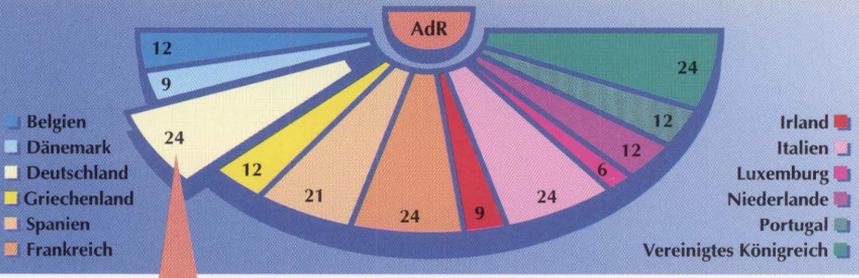
## Entscheidungsverfahren der Europäischen Union



## Ausschuß der Regionen (AdR)

Der Regionalausschuß muß in folgenden Fällen angehört werden:

- ★ Festlegung der Aufgaben, Ziele und allgemeinen Regelungen der Strukturfonds (Art. 130d),
- ★ Beschluß über spezifische Aktionen außerhalb des Fonds (Art. 130b Abs. 2),
- ★ Errichtung des Kohäsionsfonds (Art. 130d Abs. 2),
- ★ Durchführungsbeschlüsse des Regionalfonds (Art. 130e),
- ★ Festlegung der Leitlinien und Erlaß der übrigen Aktionen beim Aufbau/Ausbau der transeuropäischen Netze (Art. 129d Abs. 1),
- ★ Erlaß von Fördermaßnahmen im Gesundheitswesen (Art. 129 Abs. 4), im Kulturbereich (Art. 128 Abs. 5) und im Bereich der allgemeinen Bildung (Art. 126 Abs. 4).



Die deutschen Regionen entsenden 24 Vertreter in den AdR



Das Land Baden-Württemberg benennt zwei Vertreter



**Erwin Teufel**  
Ministerpräsident  
Baden-Württemberg



**Dieter Spöri**  
Wirtschaftsminister  
Baden-Württemberg

setzung - schon das zeigt ihren Sonderstatus unter den Regionen Europas. Zentraler Ort, an dem Baden-Württemberg seine europäischen Interessen einbringt, ist der Bundesrat. Die Länder verfügen über wichtige und in der Verfassung verankerte Beteiligungsrechte. Die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union bedarf der Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat, bei bestimmten EU-Ministerräten sitzen die Länder gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch.

### Baden-Württemberg entscheidet mit

Die Regionen suchten seit langem auch den politischen Kontakt zu den EU-Institutionen. Die deutschen Länder machten dies deutlich, indem sie Europaministerien einrichteten und eigene Landesvertretungen in Brüssel eröffneten. An der Debatte um den Vertrag von Maastricht haben sich die Regionen intensiv beteiligt. Viele Forderungen der Länder sind in das Vertragswerk eingeflossen.

### Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung

Ganz sicher brachte der Vertrag über die Europäische Union (EUV) eine Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung. Durch seine Ratifizierung haben die Länder längst verloren geglaubten Einfluß auf die EU-Gesetzgebung zurückgewonnen. Der Vertrag legt fest, daß

- ★ die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden (Art. A EUV),
- ★ die nationale Identität der Mitgliedstaaten geachtet wird (Art. F EUV),
- ★ die Union nur innerhalb der Grenzen der ihr in dem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig wird (Art. 3b EUV), und
- ★ die EU in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden darf, wenn die Aufgaben von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend erfüllt werden können (Art. 3b EUV).

Von großer Bedeutung für die Regionen ist, daß dieses Prinzip der „Subsidiarität“ in Maastricht zum europäischen Verfassungsgrundsatz erhoben wurde: Die Europäische Union soll grundsätzlich nur dann tätig werden, wenn das angestrebte Ziel nicht besser auf einer niedrigeren Verwaltungsebene erreicht werden kann.

### Die Vertreter der deutschen Kommunen im AdR

- **Gerhard Gebauer**  
Präsident der Deutschen Sektion  
des Rats der Gemeinden Europas  
Oberbürgermeister Villingen-Schwenningen
- **Otto Neukum**  
Landrat des Kreises Bamberg
- **Hans Eveslage**  
Präsident des Niedersächsischen  
Städte- und Gemeindebundes  
Bürgermeister Barßel/Niedersachsen

# Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquoten der Regionen

	Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote		Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote
<b>Europäische Union</b>	<b>100</b>	<b>10,4</b>	<b>Irland</b>	<b>72</b>	<b>18,4</b>
<b>Belgien</b>	<b>108</b>	<b>8,8</b>	<b>Italien</b>	<b>106</b>	<b>11,2</b>
Vlaams Gewest	109	6,6	Nord Ovest	122	8,6
Région Wallonne	87	12,0	Lombardia	139	4,5
Bruxelles - Brussel	171	11,3	Nord Est	122	4,9
<b>Dänemark</b>	<b>111</b>	<b>10,6</b>	Emilia-Romagna	132	4,7
<b>BR Deutschland</b>	<b>106</b>	<b>7,0</b>	Centro	110	7,9
<b>Baden- Württemberg</b>	<b>130</b>	<b>4,1</b>	Lazio	121	11,0
Bayern	127	3,9	Campania	73	22,8
Berlin	95	9,2	Abruzzi-Molise	91	13,1
Brandenburg	36	12,0	Sud	70	17,6
Bremen	159	8,7	Sicilia	70	23,1
Hamburg	209	5,6	Sardegna	77	19,8
Hessen	149	4,6	<b>Luxemburg</b>	<b>131</b>	<b>2,4</b>
Mecklenburg- Vorpommern	33	14,1	<b>Niederlande</b>	<b>104</b>	<b>8,2</b>
Niedersachsen	108	6,4	Noord-Nederland	106	10,6
Nordrhein- Westfalen	115	6,6	Oost-Nederland	91	7,9
Rheinland-Pfalz	104	4,7	West-Nederland	111	7,9
Saarland	112	7,4	Zuid-Nederland	100	8,0
Sachsen	33	11,5	<b>Portugal</b>	<b>60</b>	<b>4,9</b>
Sachsen-Anhalt	35	13,6	Continente	60	4,9
Schleswig-Holstein	102	5,3	Acores	-	4,6
Thüringen	30	12,8	Madeira	-	3,4
<b>Griechenland</b>	<b>49</b>	<b>7,7</b>	<b>Großbritannien</b>	<b>98</b>	<b>10,3</b>
Voreia Ellada	46	6,3	North	86	11,4
Kentriki Ellada	48	7,2	Yorkshire and Humberside	88	10,2
Attiki	55	9,9	East Midlands	94	9,0
Nisia Aigaiou, Kriti	44	4,8	East Anglia	99	8,4
<b>Spanien</b>	<b>80</b>	<b>21,3</b>	South East	117	10,5
Noroeste	66	17,8	South West	94	9,6
Noreste	92	18,6	West Midlands	89	10,9
Madrid	100	16,5	North West	90	10,5
Centro	65	21,0	Wales	83	9,7
Este	92	19,6	Scotland	94	10,1
Sur	64	29,7	Northern Ireland	74	15,0
Canarias	79	26,7			
<b>Frankreich</b>	<b>115</b>	<b>10,3</b>			
Ile de France	172	8,9			
Bassin Parisien	105	10,5			
Nord - Pas-de-Calais	93	13,2			
Est	106	8,2			
Ouest	97	10,0			
Sud-Ouest	101	10,2			
Centre-Est	110	10,5			
Méditerranée Départements d'Outre-Mer	98	13,5			
	45	-			

Quelle: EUROSTAT

Die Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt beziehen sich auf das Jahr 1991. EU-Durchschnitt: 100.

- Arbeitslosenquoten (in Prozent): Stand April 1993

- Arbeitslosenquote für Griechenland: Stand April 1992



Auch im Bundesrat werden wichtige europapolitische Entscheidungen getroffen.

## Ausschuß der Regionen

**D**urch die Einrichtung des „Ausschusses der Regionen“ schafft der „Vertrag über die Europäische Union“ neue Mitgestaltungsmöglichkeiten der Regionen auf europäischer Ebene. Der Ausschuß der Regionen berät den EU-Ministerrat und die Europäische Kommission in allen Fragen von regionalem Interesse. Er hat zwar nur beratende Funktion, beteiligt aber die Länder, Regionen und Kommunen unmittelbar am europäischen Meinungsbildungsprozeß. Mit der Einrichtung dieses Ausschusses vertreten die Bundesländer ihre Interessen also künftig nicht nur in Bonn, sondern auch in Brüssel.

Von den 24 deutschen Mitgliedern des Regionalausschusses werden 21 durch die Bundesländer und drei von der kommunalen Ebene benannt. Die fünf größten Bundesländer haben je zwei Sitze, die elf anderen je einen Sitz (für Baden-Württemberg sind dies Ministerpräsident Erwin Teufel und Wirtschaftsminister Dieter Spöri). Arbeitsfelder des Ausschusses sind Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, transeuropäische Netze, die Aktionen zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie die Struktur-

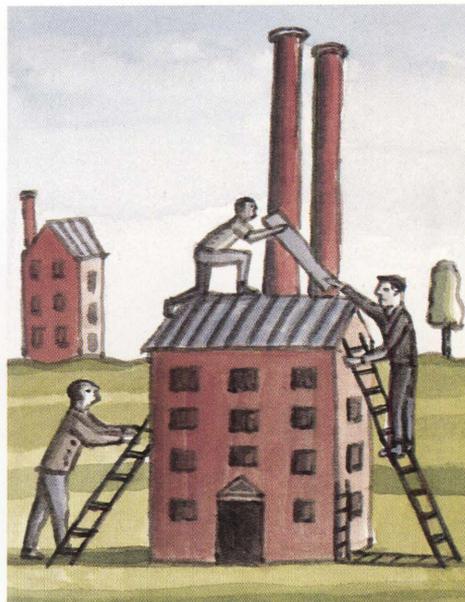
## Die Abgeordneten Baden-Württembergs im Europäischen Parlament

**F**ür bürgernahes Handeln der EU sorgen auch die baden-württembergischen Abgeordneten im Europäischen Parlament (EP). Manche EP-Mitglieder bekleiden zusätzliche Ämter in ihrem Wahlkreis, so daß auch neue Themen zügig ihren Weg nach Brüssel finden. Daß Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, Saarland, Schleswig-Holstein, Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Rahmen des Programms „Konver“ europäische Fördermittel für vom Truppenabzug betroffene Gebiete erhalten, ist Europaparlamentariern zu verdanken. Auch die Neuordnung der Strukturfonds trägt ihre Handschrift.



## DIE EUROPÄISCHE UNION HILFT DEN REGIONEN

Auch Baden-Württemberg  
erhält umfangreiche  
EU-Fördermittel



Die Wohlstandsschere klapft in Europa nach wie vor weit auseinander: Die reichsten Regionen sind viermal so wohlhabend wie die wirtschaftsschwächsten Gebiete. Sie liegen in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und den neuen Bundesländern. Um die Annäherung der Lebensverhältnisse und damit den Zusammenhalt der Union zu fördern, gibt es innerhalb der EU ein umfangreiches System der Förderung benachteiligter Regionen. Daß eine ausgewogene Strukturpolitik für die europäische Einigung überlebenswichtig ist, hat der Vertrag über die Europäische Union erneut bestätigt. Er weist dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der europäischen Regionen einen hohen Stellenwert zu.

### Die Strukturfonds der Europäischen Union

Deshalb hat die EU die „Strukturfonds“ eingerichtet: den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung (EAGFL).



Neu ist das Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAF), mit dem Maßnahmen zur Behebung struktureller Probleme in diesem Bereich finanziert werden. Die Strukturfonds haben mit einem Etat von 141,47 Milliarden ECU für den Zeitraum von 1994 bis 1999 einen Anteil von 30 Prozent am Haushalt der Europäischen Union. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht ist außerdem der Kohäsionsfonds für die Länder Griechenland, Spanien, Portugal und Irland mit einem Etat von 15,1 Milliarden ECU für den Zeitraum 1993 bis 1999 hinzugekommen.

Die Mittel der Strukturfonds werden nach klar festgelegten Spielregeln verteilt: Die Schwerpunktbereiche der Förderung werden in der Brüsseler Terminologie als „Ziele“ bezeichnet. Die insgesamt fünf Ziele werden in zwei Gruppen unterteilt. „Ziel 1“, „Ziel 2“ und „Ziel 5b“ sind direkt auf die Regionen zugeschnitten. „Ziel 3“, „Ziel 4“ und „Ziel 5a“ sind dagegen problem- oder zielgruppenbezogen.

## ZIELE

### „Ziel 1“

fördert die „Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“ und steht im Mittelpunkt der EU-Strukturförderung. In Deutschland sind dies die neuen Bundesländer, die zwischen 1994 und 1999 aus Brüssel 13,64 Milliarden ECU erhalten.

### „Ziel 2“

hilft Regionen, die von einer „rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind“. Von 1994 bis 1996 stehen für Deutschland 733 Millionen ECU bereit.

### „Ziel 3“

konzentriert sich auf die „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Erleichterung der Eingliederung Jugendlicher und der vom Ausschluß aus dem Arbeitsmarkt bedrohten Personen in das Arbeitsleben“. Deutschland erhält 1,65 Milliarden ECU von 1994 bis 1999.

### „Ziel 4“

unterstützt Maßnahmen, die „die Anpassung der Arbeitskräfte an die industriellen Wandlungsprozesse und an Veränderungen der Produktionssysteme“ erleichtern. Für Deutschland stehen 291,3 Millionen ECU zwischen 1994 und 1999 bereit.

### „Ziel 5a“

soll die „beschleunigte Anpassung der Agrarstrukturen einschließlich der Hilfe zur Modernisierung und Umstrukturierung der Fischerei“ fördern. Von 1994 bis 1999 stehen Deutschland dafür 1,13 Milliarden ECU zur Verfügung.

### „Ziel 5b“

will die „Entwicklung und Strukturanpassung“ der ländlichen Gebiete erleichtern. Von 1994 bis 1999 stehen für Deutschland 1,23 Milliarden ECU bereit. Unterstützt werden in Baden - Württemberg Gebiete folgender Kreise: Alb - Donau - Kreis, Biberach, Breisgau - Hochschwarzwald, Hohenlohekreis, Lörrach, Schwäbisch Hall, Sigmaringen, Waldshut.



## Bund- und Länderbeteiligung im Entscheidungsprozess der EU-Strukturförderung

### Konzeption

Bund und Länder reichen ihren regionalen Entwicklungsplan bei der Europäischen Kommission ein. Darin sind Ziele und Maßnahmen der Strukturförderung festgelegt.

Die Europäische Kommission erstellt in Abstimmung mit Bund und Ländern das gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK). Es ist die Basis für die operationellen Programme (OP).

Bund und Länder reichen ihre operationellen Programme bei der Europäischen Kommission ein.

### Umsetzung

Die Kommission nimmt Vorschläge über die geplanten Projekte innerhalb der operationellen Programme an. Fördermittel stehen bereit über den:

- *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)*
- *Europäischen Sozialfonds (ESF)*
- *Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds Abt. Ausrichtung (EAGFL)*
- *Finanzinstrument für Fischerei (FIAF)*

Wirtschafts-, Arbeits- und Landwirtschaftsministerien der Länder, des Bundes oder die Bundesanstalt für Arbeit entscheiden über zu fördernde Projekte im Rahmen der operationellen Programme.

Antragsteller (Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen) wenden sich an das jeweilige Ministerium.



## Regionale und kommunale Projektträger

Die Europäische Union kann mit diesem Ziel-Katalog flexibel auf Förderwünsche regionaler und kommunaler Projektträger reagieren. So haben in Baden-Württemberg viele Jugendliche und Langzeitarbeitslose über solche Projekte einen Arbeitsplatz gefunden. Große Beträge aus der EU-Kasse erhält die Bundesanstalt für Arbeit (BfA), die den örtlichen Arbeitsämtern zur Finanzierung von Umschulungs- und Fortbildungskursen sowie von ABM-Stellen dienen. In den meisten Fällen ist den Kursteilnehmern und auch den Veranstaltern aber leider nicht bekannt, daß ihr Projekt von der Europäischen Union teilfinanziert wird.

Die Vergabe der Strukturfondsmittel beruht auf folgenden Prinzipien:

- ★ Das Gebot der Subsidiarität fordert, daß die Verantwortung für die Umsetzung einer Aufgabe von einer möglichst bürgernahen Verwaltungsebene wahrgenommen wird. In der Bundesrepublik sind das in der Regel die Länder, in manchen Fällen auch der Bund, die Förderregionen und Projekte vorschlagen und Finanzierungspläne aufstellen.
- ★ Die gemeinsame Umsetzung wiederum bedeutet, daß alle Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene an der Vorbereitung und der Ausführung der Programme beteiligt sind.
- ★ Die Mitgliedstaaten müssen mindestens 25 Prozent Projektmittel selbst aufbringen. Durch dieses Prinzip der komplementären Finanzierung ist die Wirkung der EU-Maßnahmen weitaus größer, als die von der Union ausgewiesenen Zahlen. So werden die EU-Strukturhilfen zu einem wichtigen Katalysator für den wirtschaftlichen Fortschritt in Europa.
- ★ Die Vergabe muß den EU-Wettbewerbsregeln und den Anforderungen des Umweltschutzes entsprechen.

## Gemeinschaftliches Förderkonzept

Die baden-württembergische Landesregierung erarbeitet zusammen mit dem Bund und der Europäischen Union ein Gemeinschaftliches Förderkonzept (GFK), in dem festgelegt wird, welche Gebiete durch welche Aktionen gefördert werden und wie die Finanzierungspläne aussehen. Die regionalen und lokalen Partner übernehmen eigenverantwortlich die Abwicklung eines Projekts auf der Grundlage eines Operationellen Programms (OP). Darüber hinaus gibt es auf EU-Ebene Begleitausschüsse, in denen Vertreter der Bundesländer beratend den Organen der EU zur Seite stehen. Zusätzlich sind auf deutscher Ebene weitere Begleitausschüsse tätig.

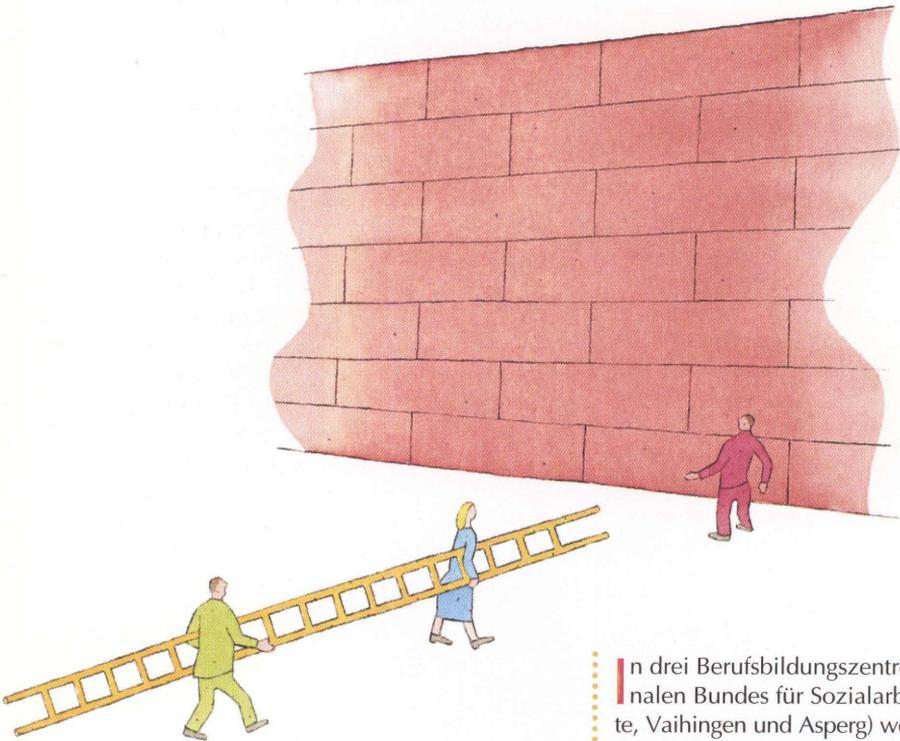
In erster Linie bestimmen die Mitgliedstaaten die strukturpolitischen Schwerpunkte. Doch die EU kann auch eigene Initiativen vorschlagen. Für diese „Gemeinschaftsinitiativen“ stehen von 1994 bis 1999 rund 12,69 Milliarden ECU bereit.

Die Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) sind ein weiteres Instrument der EU-Strukturpolitik.

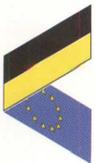


# ZUKUNTSORIENTIERTE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Die Europäische Union und  
Baden-Württemberg  
handeln bei vielen  
Projekten gemeinsam



In drei Berufsbildungszentren des Internationalen Bundes für Sozialarbeit (Stuttgart-Mitte, Vaihingen und Asperg) werden im Rahmen des EU-Programms NOW (New Opportunities for Women) 75 langzeitarbeitslose Frauen und Wiedereinsteigerinnen zur Bauzeichnerin, technischen Zeichnerin oder zur Industrie- und Bürokauffrau umgeschult. Mit einem Etat von rund 700 000 ECU werden eine sozialpädagogische Betreuung, Seminare, Kinderbetreuung und Auslandsaufenthalte finanziert. Zum Schulungsprogramm gehören nicht nur die Vermittlung beruflicher Inhalte, sondern ebenso Rhetorik-, Lerntechnikurse oder auch ein Selbstbewußtseinstraining.



**E**benfalls aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert werden eine Reihe von Um- und Weiterbildungskursen für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose am Elektro-Technologiezentrum (ETZ) in Stuttgart. Im Unterrichtsplan stehen Umschulungskurse zum Elektromechaniker, Fernmeldeanlageelektroniker und Büroinformationstechniker sowie eine „Anpassungsqualifizierung Elektro“. Der Veranstalter meldet „ungewöhnlich erfolgreiche“ Ergebnisse: Zwischen 1990 und 1992 führte die Anpassungsqualifizierung in 87 Prozent der Fälle zu einer anschließenden Beschäftigung, bei den Umschulungen liegt die Erfolgsquote sogar bei 100 Prozent. Seit dieser Zeit absolvierten 168 Personen die Kurse, die mit rund 850 000 ECU zu einem Drittel von der EU finanziert wurden.

---

### Entwicklung des ländlichen Raums

---

**I**m historischen Stadtkern von Meßkirch (Landkreis Sigmaringen) einen Betrieb zu führen, hat sicher seinen Reiz. Aber mit einem Autohaus samt Tankstelle, Waschstraße und Reparaturwerkstatt stößt ein Unternehmer in seiner geschäftlichen Entfaltungsfreiheit bald an die Grenzen der baulichen Möglichkeiten. Konsequenz: Egon Zimmermann, Geschäftsführer des gleichnamigen Autohauses zog ins Industriegebiet. Rund 15 Prozent der Umzugskosten ersetzte ihm die Europäische Union aus dem Regionalfonds. Die Investition hat sich gelohnt: Der Betrieb hat heute 14 Beschäftigte, acht mehr als vor seinem Umzug.

Eine Finanzspritze aus Brüssel war möglich gewesen, weil der Landkreis Sigmaringen im Förderzeitrahmen 1989 bis 1993 eines der beiden Ziel-5b-Gebiete in Baden-Württemberg war. Ebenfalls auf der Förderliste zur Entwicklung des ländlichen Raums in den Ländern der EU stand der Alb-Donau-Kreis. Insgesamt verfügte Baden-Württemberg für Entwicklungsprojekte über 28,8 Millionen ECU aus dem Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

**F**ür Unternehmer Zimmermann, der aus der Fachpresse und über das Landratsamt Sigmaringen von den Fördermöglichkeiten erfahren hat, war die Projektbewilligung eine wichtige Initialzündung zum Investieren. Ohne den ECU-Zuschuß seien seine Expansionspläne „zu dem Zeitpunkt“ nicht realisierbar gewesen, sagt er. Außer in der Firma wissen nach seinen Worten allerdings nur wenige, daß die Europäische Union Finanzierungshilfen gegeben hat. Über die Wiedereröffnung seines Betriebes im Neubaugebiet sei zwar in der Presse berichtet worden, doch nach eventuellen Zuschüssen aus der EU-Kasse habe sich niemand erkundigt.

---

### Förderung der Landwirtschaft

---

**Z**u den Zielbeschreibungen 5a und 5b gehören neben der allgemeinen Entwicklung des ländlichen Raums direkte Förderungen der Landwirtschaft. Diese sind nicht zu verwechseln mit den Garantiepfeizahlungen für landwirtschaftliche Produkte. Zwischen 1991 und 1993 genehmigte die EU 43 Vorhaben, mit denen eine bessere Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte gelingen soll. Ein Beispiel ist ein neu erbautes Lagerhaus der WLZ Raiffeisen AG in Biberach an der Riß. Im Zeitraum 1990 bis 1992 gab die EU rund neun Millionen ECU für derartige Projekte in Baden-Württemberg aus.



Getreidesilo der WLZ Raiffeisen AG in Biberach

### **Kredite der Europäischen Investitionsbank**

Von der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Luxemburg erhielt 1990 ein Automobilunternehmen einen 80-Millionen-ECU-Kredit zum Bau eines Lkw-Werkes. 1991 und 1992 bekam die Großkraftwerk Mannheim AG eine Kreditsumme von rund 36 Millionen ECU für ihr neues Blockheizkraftwerk. Der Abwasserzweckverband lieh sich im gleichen Zeitraum 5,5 Millionen ECU für den Ausbau einer Kläranlage und des Kanalisationsnetzes.

### **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

Vom Raiffeisenlager Biberach aus werden Waren zu Absatzmärkten anderer EU-Staaten transportiert. Den innergemeinschaftlichen Handel und Kooperationen zu begünstigen, ist ein bedeutendes Ziel der gemeinsamen Wirtschaftspolitik. Daher beschäftigen sich viele EU-geförderte Projekte in Baden-Württemberg mit dieser Aufgabe. Vor allem kleine

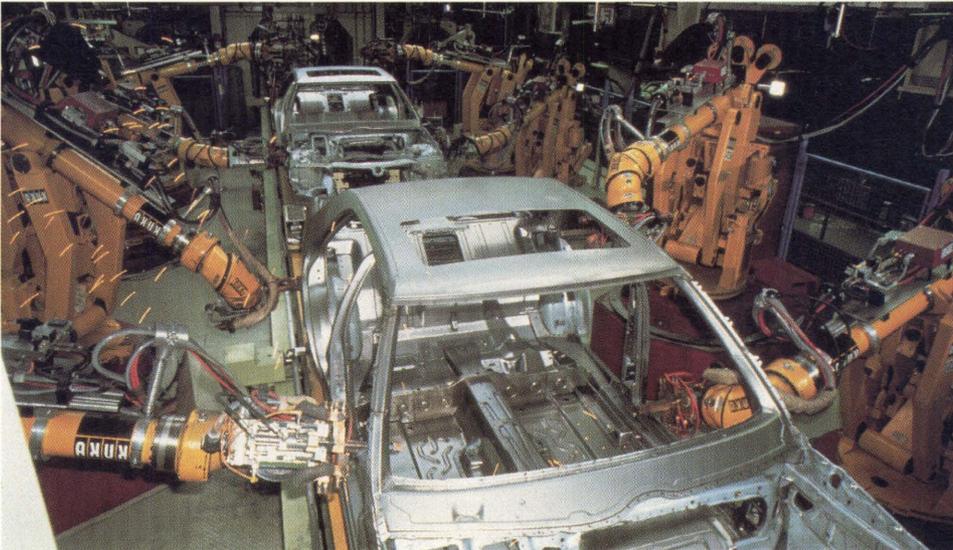
und mittelständische Unternehmen, die gerade die Wirtschaft dieses Landes prägen, brauchen Einstiegshilfen in den Europäischen Wirtschaftsraum. An verschiedenen von der EU initiierten Sondierungsprojekten war und ist die EG-Beratungsstelle in der Handwerkskammer Stuttgart beteiligt.

In einer Studie spürten die Berater grenzüberschreitenden Kooperationen von Unternehmen nach. Fünf Befragungen wurden in Baden-Württemberg in kleinen Unternehmen der Metallverarbeitung geführt. Die Interviewer fanden vielfältige Varianten, darunter rein formelle, bis hin zu Vertriebs- und Produktionskooperationen. Die meisten Firmenkooperationen finden sich in den deutsch-französischen Grenzgebieten.

## Forschung und Entwicklung

Eine Vielzahl in- und ausländischer Firmenkooperationen, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung, werden von der Europäischen Union gefördert. Zusammen mit Barcelona und Lyon ist Stuttgart am EU-Programm DRIVE (Dedicated Road Infrastructure for Vehicle Safety in Europe) beteiligt.

Die Autostadt Stuttgart ist an einem weiteren EU-Kooperationsprojekt beteiligt: CAR richtet sich, wie der Name andeutet, an europäische Regionen, die von der Autoindustrie geprägt sind. Förderziele sind der allgemeine Informationsaustausch und die Zusammenarbeit von Unternehmen und Behörden. Weiterer Schwerpunkt ist der Technologietransfer zu kleinen und mittleren Unternehmen. CAR wird von der EU mit 50.000 ECU unterstützt.



Die Hälfte des baden-württembergischen Exports geht in andere EU-Länder.

Diese städtischen Zentren drohen im Verkehr zu ersticken. Bessere Verkehrssteuerung mit Computerhilfe ist der zentrale Ansatz um Lkw und Pkw auf schnellere und kürzere Wege sowie die Menschen nach Möglichkeit in Busse und Bahnen zu bringen. Ein wichtiges Projekt innerhalb des Programms DRIVE ist STORM (Stuttgart Transport Operation by Regional Management) mit Beteiligung des baden-württembergischen Verkehrsministeriums, der Landeshauptstadt Stuttgart, der Daimler-Benz AG, der Robert-Bosch GmbH, der Siemens AG, des Süddeutschen Rundfunks, der Alcatel SEL AG, der Deutschen System Technik GmbH, der DEKRA e.V., des Computerherstellers Hewlett Packard GmbH und der Raab Karcher Spedition Umschlag GmbH.

Das Institut für Bauphysik der Fraunhofer-Gesellschaft in Stuttgart hat mit EU-Unterstützung eine Forschungs- und Entwicklungsgemeinschaft mit dem dänischen Unternehmen COLT INTERNATIONAL BV in Cuijk eingerichtet. Ihr gemeinsames Interesse ist, dem Lärm einen Dämpfer zu geben. Die Fördermittel für die Lärmschutzforschung kommen aus dem SPRINT-Programm, das schwerpunktmäßig kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) hilft, an der Erforschung und Entwicklung neuer Technologien teilzuhaben. Das SPRINT-Netz bindet Institute und Firmen aus beinahe allen EU-Ländern in die Projekte ein.

Zwischen 1987 und 1992 initiierte die Europäische Union knapp 2000 grenzüber-

schreitende Unternehmenspartnerschaften zwischen Baden-Württemberg und Regionen vorwiegend in Frankreich, Großbritannien, aber auch in Italien, den Niederlanden und Spanien. 106 Partnerschaften sind bei so großen Unternehmen angesiedelt wie der Dornier Luftfahrt GmbH, der Daimler Benz AG, der Asea Brown-Boveri AG und der Strässle Informationssysteme GmbH. Beispiele von KMU-Partnerschaften sind die Gottlieb Gühring KG, die IBP Pietzsch GmbH, die Papierfabrik Weißenstein AG sowie die MARC CAIN Bekleidungs-GmbH.

Dazu kommen Universitätskooperationen, an denen die Hochschulen in Stuttgart, Karlsruhe und Ulm beteiligt sind. Auf dem Gebiet der Grundlagenforschung arbeiten in Baden-Württemberg beispielsweise das Kernforschungszentrum Karlsruhe, die Stadt Bad Urach, die Max-Planck-Gesellschaft sowie die Fraunhofer Gesellschaft in grenzüberschreitenden Projekten zusammen.

Insgesamt zählen die im Land angesiedelten EU-Projekte im Bereich Forschung und Entwicklung 563 Partner; die Fördersumme beträgt knapp 93 Millionen ECU.

Innerhalb der Forschungspolitik der Europäischen Union kommt dem Bereich der rationalen Energienutzung und der alternativen Energien eine besondere Bedeutung zu. Das Zentrum für Solartechnik und Wasserstoff in Stuttgart mit 90 Beschäftigten beteiligte sich erfolgreich an einer THERMIE-Ausschreibung der EU. In Zusammenarbeit mit dem spanischen Energieministerium wird eine neue Technik für Solarenergiekollektoren bei hohen Temperaturen erforscht. Ohne die Ende 1993 bewilligten ECU-Mittel, die 50 Prozent des Forschungsetats ausmachen, wäre das Projekt nicht finanzierbar gewesen.

## Bildungsprogramme

Die Europäische Union beschränkt sich nicht auf die Forschungsförderung neuer Technologien. „Action Jean Monnet“ fällt in die Gebiete der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Über dieses Programm unterstützt die Union Hochschulinitiativen, mit denen das Angebot an Lehrveranstaltungen zum Thema europäische Integration erweitert werden soll.

In Baden-Württemberg wurden zwischen 1990 und 1992 elf Projekte an sechs Universitäten mit knapp 200 000 ECU bezuschußt. Dazu gehören die Fachhochschule Furtwangen, Universität Heidelberg, Universität Karlsruhe, Universität Pforzheim, Universität Tübingen und die Fachhochschule Ulm.

